

Aufruf des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident hat durch Aufruf folgenden Aufruf an die Bevölkerung des von der neuen Besetzung betroffenen Gebietes verbreiten lassen:

Mitsbürger!

Gestützt auf militärische Gewalt, schiebt sich fremde Willkür an, erneuert das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes zu verletzen; abermals erfolgt ein Einbruch unserer Gegner in deutsches Land. Die Politik der Gewalt, die seit dem Friedensschlusse die Verträge verletzt und die

Menschenrechte mit Füßen tritt,

bedroht das Kerngebiet der deutschen Wirtschaft, die Hauptquelle unserer Arbeit, das Brot der deutschen Industrie und der gesamten Arbeiterschaft. Die Ausführung des Friedensvertrages wird so zur absoluten Unmöglichkeit, und zugleich werden die Lebensbedingungen des schwer leidenden deutschen Volkes noch weiterhin zerrüttet.

Der Vertrag von Versailles sollte den Völkern den ersehnten Frieden bringen. Was hier geschieht, ist aber Fortsetzung des Unrechts und der Gewalt. Es ist ein Vertragsbruch, angetan einem entwaffneten und wehrlosen Volke. Deutschland war bereit, zu leisten, soweit seine Kraft reicht. Trotzdem wird es nun überfallen. Diesen Gewaltakt

flagen wir an vor Europa

und der ganzen Welt; laut erheben wir unsere Stimme, daß hier fremde Macht das heilige Recht des deutschen Volkes am eigenen Boden, sein Recht zum Leben vergewaltigt. Nun sollt ihr für das ganze deutsche Vaterland das harte Los der Fremdherrschaft erdulden; harst aus in duldbarer Treue,

bleibt fest, bleibt ruhig, bleibt besonnen!

Im Gefühl unseres guten Rechts tretet in erster Würde den fremden Gewalthabern entgegen, bis der Morgen tagt, der dem Recht seinen Platz, euch die Freiheit gibt. Wir aber geloben euch Treue und Hilfe, unsere rastlose Sorge wird es sein, und

nichts soll ungeschehen bleiben.

die Dauer der Fremdherrschaft abzukürzen, eure Not zu lindern und den Weg zu einem wahren Frieden zu finden. An deutschem Gemeinwohl und opferfreudiger Vaterlandsliebe werden die fremden Machtpläne scheitern. Halte alle Zeit hoch die deutsche Einheit und unser gutes Recht!

Berlin, 9. Januar 1923.

Der Reichspräsident (gez.) Ebert.
Der Reichskanzler (gez.) Cuno.

Der vorstehende Aufruf mit seinem Appell gegen die Verletzung der Menschenrechte, gegen den französischen Vertragsbruch spricht für sich selber und wird seine Wirkung auf das unter eine unarmbrügelige Fremdherrschaft geratene Volk nicht verfehlen. Nie als jemals tut uns Einigkeit not, Verzicht auf jede Eigenbrütelei, Vermeidung von parteipolitischen Gehässigkeiten. Wer jetzt im Lande stehende Feind lauert auf die Gelegenheit, vorhandene Gegensätze zu vertiefen, um nach der alten Regel „Teile und beherrsche“ seinen unerfüllbaren Imperialismus zu befestigen und die dauernde Angliederung deutscher Gebiete an Frankreich durchzuführen.

Auf die Treue der von dem Ueberfall betroffenen Bevölkerung können wir bauen. Jede neue Vergewaltigung wird sie um so enger an Deutschland schmieden. Regierung und Volk sind eins im Abwehrwillen; hinter ein einmütiges Kabinett haben sich alle Spitzenverbände des deutschen Unternehmertums gestellt, und ihnen werden der Reichstag und alle Landtage folgen und alle Volksträfte zu einer Einheitsfront zusammenschließen. Schon hat der am schwersten bedrohte Ruhrbezirk die Antwort auf die frivole Anschuldigung einer vorsätzlichen Verfehlung bei Kohlenlieferungen an Frankreich gegeben, indem das Kohlenyndikat seinen Sitz von Essen nach Hamburg verlegt hat, was die Bedeutung der Inpfandnahme der Kohlenhöfe erheblich herabmindert und den französischen Ingenieuren eine unlösbare Aufgabe zuweist. Zwar erschließt diese Abwehrmaßregel auch von uns Opfer, aber ohne sie läßt sich der uns aufgezwungene Krieg nicht erfolgreich durchführen.

Die Industrie des besetzten Gebietes wird selbstverständlich versuchen, das Wirtschaftsleben ohne wesentliche Störungen aufrechtzuerhalten, wie z. B. die Kruppische Verwaltung von der Stilllegung ihrer Betriebe abgesehen hat. Gleichzeitig hat sie die Franzosen vor Eingriffen wirtschaftlicher, militärischer und politischer Art wegen der davon zu besitzenden Folgen gewarnt, und in diesem Sinne muß auch auf den leitenden deutschen Teil eingewirkt werden, um Reibungsflächen abzuschleifen. Die ganze Aktion ist auf Provokation angelegt, aber sie wirkt als solche auch auf andere Mächte. Je opferfreudiger wir uns auf die Seite der Bedrückten stellen, je einiger wir den Bedrückten entgegenreten, um so eher dürfen wir eine Verkürzung dieser Leidenszeit erwarten.

Bierundzwanzig Stunden Aufschub.

Der Vormarsch der französischen Truppen ins Ruhrgebiet ist um einen Tag hinausgeschoben worden. Die Pariser Blätter bezeichnen als Hauptursache hierfür das Ausbleiben der amtlichen Bestätigung aus Rom, daß die italienische Regierung mit dem Vormarsch einverstanden sei und technisch geschulte Kräfte schicken werde, die an der Durchführung der Zwangsmaßnahmen mitwirken sollen. Es ist jedoch nach allem, was über die Haltung Mussolinis bekannt geworden ist, nicht daran zu zweifeln, daß diese Zustimmung jeden Augenblick eintreffen kann.

Die französischen Blätter weisen darauf hin, daß es sich nicht um eine große militärische Aktion handele, sondern um eine

Ueberwachung der Umgebung Essens. Die Zahl der an der Besetzung teilnehmenden Truppen werde daher nur klein sein, und man werde die Truppen so unterbringen, daß sie mit der Bevölkerung möglichst wenig in Berührung kämen. Die französischen, belgischen und italienischen Ingenieure würden nicht die Leitung der großen Betriebe übernehmen, sondern nur an den Stellen, wo sich der Abtransport der Kohle vollziehe, eine Kontrolle ausüben.

Das Ganze halt?

Die französischen Truppen, die in der Nähe von Mülheim teils schon auf unbefestigtem Gebiet ausgeladen worden sind, wurden nach Duisburg zurückgezogen. Die Vorbereitungen der Franzosen machen sich bisher hauptsächlich an den Grenzen des besetzten Gebietes bemerkbar. Es sind im ganzen 73 Militärszüge gefahren worden, die etwa 50- bis 60 000 Mann herangebracht haben. Die Dörfer an der Grenze des besetzten Gebietes sind stark besetzt. Englische Korrespondenten wollen Informationen haben, wonach mit der Möglichkeit des Aufgebens der Besetzung immerhin zu rechnen wäre. Jedenfalls dürfte der Einmarsch der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet nicht vor Donnerstag erfolgen. Nach privaten Meldungen wird der Abmarsch der französischen Truppen aus dem Konzentrationsgebiet zu einer Stunde während der Nacht erfolgen, die es den Franzosen und Belgieren ermöglicht, vormittags zwischen 7 und 8 Uhr in Essen einzutreffen. Es ist das Gerücht verbreitet, daß auf einen Einspruch der italienischen Regierung hin der Einmarsch bis zum 15. Januar verschoben werden solle. (Bezgl. die Meldung an anderer Stelle. D. Red.)

Quartiermacher in Essen.

Die Stadtverwaltung von Essen ist aufgefordert, größere Gebäude zur Verfügung zu stellen. So mußte das neue Verwaltungsgebäude in der Friedrichstraße und die neue Polizeistation hinter der Ausstellung hierzu hergegeben werden.

Nach den Informationen englischer Korrespondenten in Essen ist diese Quartierbestellung durch einen französischen Oberquartiermeister erfolgt. Der Bürgermeister der Stadt erklärte, daß er bisher keine offizielle Mitteilung erhalten habe und nicht wisse, ob die Franzosen kommen oder nicht. Er bestand darauf, daß keine Quartiere ausgetrieben wären, da bereits in Essen 20 000 Deutsche ohne Behausung wären. Die Direktoren Krupps gaben an, daß die meisten der Beamten und Arbeiter in ein oder zwei Räumen lebten und es ein Skandal wäre, Privathäuser zu beschlagnahmen.

Besonders groß ist die Erregung natürlich bei der Schutzpolizei. Sie muß nicht nur dafür Sorge tragen, daß die Waffen und Munitionsvorräte nicht in die Hände der Franzosen fallen, sondern auch in fliegender Gestalt ihr Privateigentum aus den Kasernen räumen und rechtzeitig in Sicherheit bringen, da zu befürchten ist, daß nach der Beschlagnahme durch die Franzosen eine Fortschaffung der Privatgüter nicht mehr möglich ist. Ein Teil der Schutzpolizei von Essen wird das Ruhrgebiet verlassen müssen. Es werden wahrscheinlich nur die Leute hieblieben, die im Rheinlande und Westfalen geboren sind.

Die Gewißheit der unmittelbar bevorstehenden Besetzung hat in der Essener Bevölkerung eine ziemlich Aufregung hervorgerufen. Auf den Straßen, in den Restaurants, auf der Eisenbahn und in den Vororten wird nur eine Frage diskutiert: „Was wird uns die Besetzung bringen?“ Stimmen, daß es „uns gleichgültig sein könnte“, und daß wir noch etwas dabei erben könnten, wie man sie nach bis vor kurzem häufig in radikalen Arbeiterkreisen hören konnte, werden angesichts des unmittelbar drohenden Einmarsches immer seltener, und immer häufiger hört man dafür in der Arbeiterschaft die Forderung nach dem Generalstreik!

In den Gewerkschaftskreisen ist die Meinung geteilt. Es ist aber wahrscheinlich, daß der Einmarsch nur mit einem eintägigen Proteststreik beantwortet werden wird. Ueberlaufen werden die Zeitungen, die sich der telephonischen Anfragen kaum erwehren können. Dabei können auch sie natürlich keine genaue Auskunft geben über die Stunde des Einmarsches, die Marschroute und die Stärke der einziehenden feindlichen Truppen. Nach den vorliegenden Mitteilungen ist es wahrscheinlich, daß der Einmarsch über Düsseldorf, Ratingen, Kettwich und Werden erfolgt. Auf den Bahnhöfen von Düsseldorf und Duisburg herrscht ein lebhafter Transportverkehr. Aus Duisburg werden besonders starke Truppentkonzentrationen gemeldet.

Verlegung des Kohlenyndikats

Das Kohlenyndikat ist von Essen nach Hamburg verlegt worden. Der Abtransport der wichtigsten Aktensätze erfolgte in der Nacht zum Mittwoch.

Der Sonderberichterstatter des Berliner Lokal-Anzeiger telegaphiert dazu seinem Blatt:

Die Verlegung des Kohlenyndikats von Essen nach Hamburg ist eine Tat. Die erste wirkliche Handlung nach dem Wortprotesten der letzten vier Jahre. Nach sehr langer Sitzung wurde gestern in den späten Abendstunden von den Herren der schwerwiegende Entschluß gefaßt. Man beschloß, lieber das Instrument zu zerbrechen, als es den Franzosen in die Hände zu geben. Sie sollten keinen aufgezäumten Gaul zum Reiten vorfinden. Es gab Augenblicke von tragischer Größe, als die Herren, deren Lebensarbeit in dem Syndikat steckt, für die Verlegung und damit für die Aussetzung des Syndikats stimmten. Der Beschluß wurde einstimmig gefaßt. Die Beamten, die zurückgehalten worden waren, wurden dann verständigt, sich zur Abreise bereit zu machen. Sie folgten mit großem Opfermut dem Beschluß. Noch in der Nacht brachten ihre Frauen das Reisegepäck in die Räume des Kohlenyndikats, während alle Mann ununterbrochen an der Räumung arbeiteten. Die vollständige Verladung aller Akten und Registereinträge wurde bis Mitternacht etwa durchgeführt. Eine große Menschenmenge stand vor dem hell erleuchteten, mächtigen Gebäude und sah stumm und wie benommen der Aushebung zu. Nach längerem Autotransport wurden die Akten dann auf die Bahn verladen.

Der Schritt des Kohlenyndikats, dessen Bedeutung sehr stark ist, dokumentiert sich natürlich als ein Akt der Industrie, die volle Handlungsfreiheit hat, den Ort des Syndikats, oder

seine Handlungsfreiheit zu bestimmen, wie sie es für richtig hält. Irgendwelche internationale Verträge werden durch diese Verlegung nicht berührt. Die Franzosen werden jedenfalls weder Beamte noch Unterlagen in Essen vorfinden, die es ihnen ermöglichen, die gesamte deutsche Industrie durch die Kontrolle der Kohlenlieferungen in die Hand zu bekommen. Diese furchtbare Bedrohung hat der Schritt des Kohlenyndikats zunächst aus der Welt geschafft. Die französischen Ingenieurkommissionen müssen sich direkt an die Zehnerverwaltungen mit den beabsichtigten Maßnahmen wenden. Die Absicht, mit einem Griff die Kehle der deutschen Wirtschaft zu umklammern, ist, wie gesagt, schon jetzt gescheitert. Mit Opfermut hat sich die Kohlenindustrie vor die deutsche Wirtschaft, mit der sie lebt und verwachsen ist, gestellt. Bereit, die Konsequenzen zu tragen in dem Bewußtsein, daß ein passives Ausliefern den Anfang vom Ende bedeutet hätte. Die Räume des Syndikats sind bis auf wenige Portierbeamte leer.

Abwehraktion der Industrie.

Die Spitzenverbände stellen sich dem Reichskanzler zur Verfügung.

Die Spitzenverbände des gesamten deutschen Unternehmertums haben inoffiziell Dienstag nachmittag bei dem Reichskanzler vorgeschrieben und in Anwesenheit des Reichswirtschaftsministers namens ihrer Verbände die Versicherung abgegeben, daß sie bei der Abwehr der dem Deutschen Reich drohenden Vergewaltigung den Reichskanzler und die deutsche Reichsregierung einmütig und mit allen ihnen zu Gebote stehenden Kräften unterstützen werden. Die Abwehr verlange die Einheitsfront des gesamten deutschen Volkes. Von der Zuversicht getragen, daß sich in diesem Willen alle Volksschichten unterschiedslos zusammenschließen, würden die Wirtschaftskräfte alle Opfer bringen, welche die Not des Vaterlandes erheische. Der Reichskanzler dankte für diese einmütige Erklärung und bezeichnete die sofortige Zusammenfassung aller an der Wirtschaft beteiligten Faktoren zur praktischen Arbeit als die zunächst dringende Aufgabe der Reichsregierung.

Die diplomatische Lage.

Poincaré hat am Dienstag durch den französischen Vertreter in der Downing Street mitteilen lassen, welche Maßnahmen er in Aussicht genommen habe. Die Blätter versichern, daß eine gleiche Mitteilung der deutschen Regierung zu gehen würde, zugleich mit der Aufforderung, alle notwendigen Vorkehrungen zu treffen, damit die Besetzung ohne Zwischenfälle vor sich gehen könne. Diese Notifizierung, der sich die belgische Regierung anschließen soll, war bis Mittwoch in Berlin noch nicht eingetroffen.

In Berlin

traten Mittwoch nachmittag um 3 Uhr die Parteiführer beim Reichskanzler zusammen, um sich über die Maßnahmen zu orientieren, die für den Einmarschfall vorgesehen sind. Es wird dem Aufruf des Reichspräsidenten ein Aufruf der Reichsregierung folgen. Gegen 5 Uhr nachmittags begab sich der Reichskanzler in den

Auswärtigen Ausschuss des Reichstages

und ergriff sofort das Wort, um gegen den Gewaltakt der Franzosen Stellung zu nehmen. Seine Ausführungen sollen nur durch den eingehenden amtlichen Bericht verbreitet werden. Im preussischen Landtag, der seine Arbeiten am Mittwoch wieder aufnahm, verlas Ministerpräsident Brauns gleich nach Eröffnung der Sitzung eine Regierungserklärung über die Vergewaltigung, deren Wortlaut sich eng an die Ausführungen des Kanzlers im Ausschuss anlehnte. Es wurde eine vom Reichstagen formulierte Erklärung für den ganzen Landtag angenommen.

Flam. mender Protest.

Im bayerischen Landtag erklärte Ministerpräsident v. Ansling: „Wehrlos, wie wir sind, müssen wir diese harte Prüfung über uns ergehen lassen, aber wir wollen sie bestehen als Männer, die auch im Unglück aufrecht bleiben. Wir hoffen zuversichtlich, daß die Reichsregierung auch durch den äußersten Zwang sich in ihrer Haltung nicht irremachen läßt. Die Zeit ist gekommen, in der für innere Festhaltung und keinen Parteiehrer kein Raum mehr ist. In dieser ersten Stunde gedenken wir erneut unserer Brüder in den von der Fremdherrschaft heimgesuchten und bedrohten Gebieten, mit denen wir uns eins fühlen und eins bleiben. Auf diese neue Geloben wir ihnen unverbrüchliche Treue, deren wir uns von ihrer Seite sicher wissen!“

Im württembergischen Landtag sprach Staatspräsident Hieber die folgenden Worte: „Wir können nichts als



Das bedrohte Ruhrgebiet.